

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Ersteinst in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Wochen-Abonnement
werden bei allen deutschen Verlagsstellen
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; im
Monat Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimburg auch auf den 12ten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
Satz-Veranstaltungen der Zeitungs-10 Pf.,
Satz-Veranstaltungen der Zeitungs-10 Pf.,
Satz-Veranstaltungen der Zeitungs-10 Pf.

Nr. 100.

Sonntag, 25. August.

1878.

Der Gesetzesentwurf gegen die Sozialdemokratie.

II.

Bereine, Versammlungen und Presse können also nach dem vorliegenden Entwurf, wie wir in dem vorigen Artikel nachgewiesen haben, von den Polizeibehörden der Einzelstaaten willkürlich unterdrückt werden.

Doch halt! Es ist ja eine Rekursinstanz eingelegt: ein Reichsamt für Vereinswesen und Presse. „Da wird man Recht erhalten, wenn die Polizei im Ueberzeifer den Verein geschlossen, die Versammlung aufgelöst, das Flugblatt confiscirt hat; an dem festen Felsen dieses Reichsamts wird die Polizeiwillkür zerplittern!“

Das neue Reichsamt soll in Berlin seinen Sitz haben, dort, wo das famose preussische Ausnahmegesetz ausgeübt worden ist — der bismarckische Einfluß auf das Urtheil dieses ihm als Reichskanzler unterstellten Amtes wird demnach sehr unmittelbar sein, und was ein solcher unmittelbarer Einfluß des „gewaltigen“ Mannes, des „eisernen“ Fürsten, besonders wenn ihn „seine Nerven“ quälen, zu bedeuten hat, davon wissen die Reichsbeamten in Berlin manch schönes Liedchen zu singen.

Um nun aber die Unabhängigkeit des neuen Reichsamts zu wahren, sollen von den neun Mitgliedern fünf Richter sein, unabhängige Richter. Sämmtliche Mitglieder aber wählt der Bundesrath und der Kaiser ernannt sie. Wenn nun lauter Ultra-reactionäre gewählt werden, so werden diese Herren niemals, selbst bei den härtesten Urtheilen und Maßnahmen der Polizeibehörden mit ihrer Ueberzeugung in Conflict kommen. Sie sind und bleiben „unabhängig“ und beständigen trotzdem jede polizeiliche Gewaltthat mit innerster Rechtsüberzeugung.

Aber selbst wenn wir annehmen, daß das neue Reichsamt wirklich aus lauter vorurtheilsfreien (ist allerdings in jetziger Zeit nicht möglich) und völlig unparteiischen Männern bestünde, daß dieselben jeden Uebergriff der Polizei gewissenhaft rektifizirten, so hätten die Betroffenen davon keinen Vortheil. Bei den unzähligen Reklamationen und Beschwerden gegen das Verbot der Polizeibehörden, welche sicher stattfinden, wird jeder einzelne Fall erst nach längerer Zeit zur Verhandlung kommen, und falls der Beschwerdeführer Recht erhält, so hat er doch nur das Nachsehen.

Ein Verein ist von der Polizei geschlossen, die Gelder sind confiscirt worden; der Vorsitzende appellirt; nach einem halben Jahre erhält er von Berlin die Nachricht, daß der Verein widerrechtlich geschlossen worden ist. Die Gelder werden zurückgegeben und die Polizeibehörde macht dem Vorsitzenden ein höfliches Compliment. Währenddessen aber sind die Mitglieder in alle vier Winde zerstreut, oder sie haben die Lust verloren, sich weiterhin an einer Vereinigung zu betheiligen, an welche die Polizei beliebig wieder ihre raue Hand legen kann. War nun der verbotene und wieder freigegebene Verein gar eine wirtschaftliche Genossenschaft, so ist der Schaden unberechenbar und nicht wieder gut zu machen. Das Privateigenthum ist zerstört worden und bleibt zerstört, auch wenn das Reichsamt das Verbot nach einigen Monaten aufhebt.

Und nun gar eine verbotene Versammlung, die beispielsweise behufs einer bevorstehenden Reichstagswahl stattfand. Was nützt die Aufhebung des Verbots nach den Reichstagswahlen?

Endlich gar ein Flugblatt, welches confiscirt wurde, und die Stimmzettel für einen Reichstagscandidaten, welche ein strebsamer Polizeikommissar sehr leicht unter die gefährlichen und confiscirbaren „Druckschriften“ einregistriren könnte!

Nach der Wahl werden derartige Sachen auf Beschluß des üblichen Reichsamts zurückgegeben, nach der Wahl, nachdem der reaktionäre Polizeikandidat gewählt worden ist. Werkt Ihr etwas, Ihr Herren Nationalliberalen?

Wir sehen also, daß eine so schwerfällige Rekursinstanz vollständig nutzlos, besonders da nicht einmal ein Zeitraum festgesetzt worden ist, binnen welchem das Urtheil gefällt sein muß.

Da sind doch die bestehenden Vereinsgesetze, so drakonisch, so reactionär sie auch sind, wenigstens juristisch klarer ausgearbeitet.

Ja, das arme „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ in Berlin! Nimmt es seine Aufgabe ernst, so wird es Tag und Nacht Sitzungen halten müssen; schiebt es aber die Beschwerden auf die lange Bank, was sicherlich geschehen wird, da dasselbe seine Arbeiten nicht bewältigen kann, so erfüllt es seine Aufgabe nach der Anschauung der Herren Verfasser des famosen preussischen Entwurfs jedenfalls am allerbesten, da, so lange die Entscheidung des Reichsamts aussteht, das Verbot, die Confiscation oder die Beschlagnahme in Kraft bleiben. Man hat also durch eine so schwerfällige Maschinerie vollständig den Zweck erreicht:

„Die Polizei ist und bleibt die einzige Behörde, welche das Sozialistengesetz nach dem preussischen Entwurf in Wirklichkeit handhaben wird!“

Der preussische Polizei-Adler breitet seine Fittiche immer weiter über das „freie“, „glückliche“ Deutschland.
Wohl bekomm's den Liberalen!

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Ein nationalliberales Blatt, die „Schlesische Presse“, sagt in einer „vorläufigen Besprechung“:

„Wir empfinden wenigstens darüber eine gewisse Bemüthung, daß der Öffentlichkeit rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, sich

mit dem Werke kritisch zu beschäftigen. Andererseits sind wir aber der Ansicht, daß jeder Versuch, der sozialdemokratischen Bewegung mit der Waffe des gesetzlichen Zwanges zu begegnen, das Gepräge der inneren Unwahrheit so lange trägt, als die Sozialdemokratie von Seiten der conservativen Partei offen unterstützt wird, als Tausende von conservativen Wählern, wie hier (in Breslau), ihre Stimmen für den Sozialdemokraten abgeben, als Freunde der Regierung mit offiziellem Behagen erklären, es liege der Regierung gar nichts daran, die Sozialdemokraten aus dem Reichstage zu verdrängen.“

Was die „offene Unterstützung“ der Sozialdemokraten durch die Conservativen betrifft, so existirt sie natürlich nur in dem Hirn der „Schlesischen Presse“, welche die klägliche Niederlage ihrer Partei nicht verschmerzen, und, wie man sieht, auch nicht begreifen kann.

In einem zweiten Artikel unterwirft die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ den Gesetzesentwurf vom juristischen wie politischen Standpunkt einer sehr scharfen Kritik und bemerkt am Schluß:

„Also der exekutiven Polizei, den Regierungen, Ministerien und einem Special-Reichsamt ist mit beschränktem Instanzenzuge die Vollmacht zu ertheilen, Vereine von Vereinen nach ihrer Staatsgefährlichkeit zu trennen, Versammlungen, Festlichkeiten, Aufzüge, Selbiammlungen, Rassen gleich den Vereinen zu behandeln, nach denselben undefinirbaren Kriterien und in gleich weiten Befugnissen mit einzelnen Druckchriften und ganzen Zeitungen umzuspringen, nicht bloß in das Druckergeräthe mit sofort wirkenden Mandaten einzugreifen, auch das Conzessionswesen der Gewerbeordnung umzustößen, wozu dem Kanzler noch ein besonderes Verbotrecht für ausländische Druckmaschinen übertragen ist. Alle diese Mandate sollen durch bloße Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ bis in die fernsten Theile des Reiches wirksam werden. Zum Klimax kommt der Gesetzesentwurf aber erst in den letzten Paragraphen, welche Personen im Punkt ihrer Orts- und Heimathrechte und des Gewerbebetriebes, folglich in ihrer ganzen bürgerlichen Existenz schau- und rechtlos machen wollen, und eigentlich Anweisungen auf die Auswanderung oder das Verbrechen sind. Auch damit noch nicht genug wird der noch fehlende Belagerungszustand im Frieden für das Reich in einfachen Verwaltungswege eingeführt, ohne daß die Nationalvertretung davon in vorheriger oder nachträglicher Genehmigung Notiz nehmen soll oder es irgend einen Grad von Verantwortlichkeit dafür giebt.“

Eine solche Menge von Uebeln könnte kaum eine sozialistische Gemeinschaft (Oho Tanten!) in ein Gesetz zusammendrängen, um jeden Versuch zur Aeußerung individueller Freiheit über ihre Grenzen hinaus zu verhindern. Das Heilmittel wird schlimmer als das Uebel. Die Macht, welche jetzt schon in den Polizeibefugnissen liegt, haben wir in den Wahlen zu kosten bekommen, ihre erschreckenden Wirkungen treten in den Denunziationen wegen Majestätsbeleidigungen noch täglich zu Tage, der Begriff derselben nimmt reichend zu, die grundsätzlich geltende Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen wird ausgeschlossen, die planmäßige Verführung zu gefährlichen Aeußerungen ist oft ausgedehnt, aber das Spiel wird fortgesetzt. Man nehme ein Gesetz wie das entworfene hinzu, und nicht bloß der Rechtszustand, auch die öffentliche Moral sind in Deutschland zu Tode getroffen.“

Daß dem Fortschrittsorgan das Bismarck'sche Opus für noch verderblicher gilt als die Herrschaft der Sozialisten, das will allerdings sehr viel sagen; — ist aber vielleicht nicht so schlimm gemeint, als es den Anschein hat.

Die ebenfalls fortschrittliche „Breslauer Zeitung“ schreibt:

„An den Reichstag tritt die Frage in folgender Gestalt heran: Annahme oder nochmalige Auflösung. Denn auch das unterliegt keinem Zweifel, daß Fürst Bismarck nochmals zur Auflösung des Reichstages rathen wird, wenn sich derselbe auch dieser Vorlage gegenüber negativ verhält. Wir leugnen nicht, daß unmittelbar nach dem zweiten Attentate die öffentliche Meinung fast ganz allgemein sich dahin aussprach, daß, wie man sich allgemein ausdrückte, etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen müsse. Die Entlassung hat sich allerdings jetzt einigermaßen gelegt oder, wollen wir sagen, man denkt ruhiger über den unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Attentaten und den Bestrebungen der Sozialdemokratie, aber die Agitation oder vielmehr die Art und Weise der Agitation, insbesondere die Schürung des Klassenhasses, wird nach wie vor verurtheilt. Aufrichtig gesagt, glauben wir, die Vorlage würde sich hauptsächlich gegen diese Schürung des Klassenhasses, welche die eigentliche Grundlage der immer drohender werdenden Rohheit und Verwilderung der Sitten ist, richten. Darin haben wir uns getäuscht. Die Vorlage trifft nicht die Art und Weise der Agitation der Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie selbst, und sie wird auch in dieser Form einem nicht geringen Theile des Publikums zusagen. Verbot — Verbot — ist, so zu sagen, das dritte Wort der Vorlage. Verboten sind alle sozialdemokratischen Vereine, verboten die ihnen gleichstehenden genossenschaftlichen Rassen, verboten sind alle sozialdemokratischen Versammlungen, verboten alle sozialdemokratischen Druckchriften, verboten das Einsammeln von Beiträgen zu sozialdemokratischen Bestrebungen u. s. w. Wir verkennen keinen Augenblick und haben nie verkannt die Gefahren, welche zur Zeit der bestehenden Gesellschaftsordnung drohen, aber es dünkt uns, als habe die Vorlage nur die oberflächlichen, an das Tageslicht tretenden Erscheinungen und nicht die tiefer liegenden Ursachen vor Augen. Es ist eines jener Radikalmittel, wie sie Fürst Bismarck liebt, aber ein Radikalmittel, das nur die Gegenwart, nicht die Zukunft im Auge hat. Die Vorlage schneidet der Sozialdemokratie allerdings ins Fleisch, aber sie wird sich nicht daran verbluten. Zur

Annahme dieser Vorlage gehört allerdings — darin hatte der Reichskanzler Recht, wenn er sie schaffen wollte — eine conservative und zwar eine hochconservative Majorität. Der Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung wird die Vorlage nicht annehmen, trotzdem die conservative Partei gewonnen hat und trotzdem auch Mancher für die Vorlage stimmen wird, von dem wir es heute nicht glauben. Den Plan aber wird Fürst Bismarck nicht aufgeben, und deshalb prognostiziren wir heute schon eine zweite Auflösung des Reichstages.“

Mit ihrer „Prognostizierung“ dürfte die „Breslauer Zeitung“ kein Glück haben. Falls das Gesetz verworfen werden sollte, würde Fürst Bismarck sich wohl hüten, den Reichstag aufzulösen, er müßte denn die sonderbare Lust haben, sich von dem inzwischen ganz zur Vernunft gekommenen deutschen Volk derart heimlich zu lassen, daß er nicht länger am Ruder verbleiben könnte. Schon die soeben vollzogene Wahl war nicht nach dem Geschmack des Fürsten Bismarck, und — gewisse Leute haben gemerkt, daß man Attentate doch nicht so leicht machen kann, als man vor einigen Wochen noch für möglich hielt.

Die Wiener „Neue Freie Presse“, bekannt durch ihre Sozialisten-fresserei, spricht sich wie folgt aus:

„Es liegt nun für den künftigen Reichstag die zweite und vermehrte Auflage eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten fertig, welches zwar juristisch diskutabler als sein mißglückter Vorgänger, dafür aber politisch um so gefährlicher ist, da seine Bestimmungen gegen Presse, Vereinsrecht und Freizügigkeit von einer drakonischen Schärfe sind. Hinter jedem seiner 24 Paragraphen lauert die nackte Reaktion. Es ist wohlfeil und doch bedenklich, an der Hand historischer Parallelen dieses jüngste Produkt neupreussischen Regimentshums zu beleuchten, denn fortan soll ja, falls dasselbe wirklich zum Gesetze wird, mit allen mißliebigen Kritikern deutscher Regierungsmahregeln kurzer Prozeß gemacht werden. Das künftige Reichsamt für Vereinswesen und Presse dürfte sehr solide Arbeit leisten in der Beseitigung unbehaglicher Geister, gleichviel ob dieselben in Gestalt von Vereinen oder Zeitungen sich bemerklich machen sollten. Es ist also schon jetzt Vorsicht geboten, und man thut wohl daran, von den Karlsbader Beschlüssen, der Mainzer Centralcommission, den Demagogengebühnen, von Kampy und Dambach, von Feix Reuter und dessen Weidensgenossen zu schweigen, wenn man nicht eines Tages wegen „Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung“ zum Trappistengelübde gezwungen sein will. Ja, es kann vielleicht schon verhängnißvoll werden, den Ausspruch Savigny's von der legislativischen Unfruchtbarkeit unserer Zeit zu citiren; denn es besteht, falls der neue Reichstag sich beugt, binnen Kurzem wieder die Censur in Berlin, und was erscheint dem Censor nicht alles staatsgefährlich? Wir beschränken uns also darauf, von der neuen Gesetzesvorlage im allgemeinen zu sagen, daß sie uns weder der deutschen Nation noch des Deutschen Reiches würdig zu sein scheint, weil sie Willkür- und Ausnahme-mahregeln permanent zu machen und das freie Wort in Rede und Schrift auf gefährliche Weise zu gefährden droht.“

„Der Wahlkampf, welcher mit der Entscheidung des 30. Juli endete, war für Deutschland ein Unglück. Das Sozialistengesetz, wenn es angenommen würde, wäre ein größeres. Wird es aber abgelehnt, so steht vielleicht eine neue Wahl-campagne bevor und mit ihr neue Verwirrung. So zieht der eine Fehler die andern nach sich. Die Bewunderung für den jähren Glanz, mit dem das deutsche Volk vor acht Jahren sich und seine jüngste Entwicklung umgab, ist verraucht; mag nicht das Mitleid an ihre Stelle treten!“

Und nun zum Schluß ein französisches und ein englisches Urtheil.

Die „Republique Francaise“, das Organ des Herrn Gambetta, der wiederholt sehr stark mit Bismarck geliebäugelt hat, schreibt über „das Sozialistengesetz“:

„Dieser Entwurf vereinigt alle Merkmale der Ausnahme-gesetze, der vom Horn eingegebenen Gesetze und zeigt in dieser Hinsicht sogar Vervollkommnungen, welche selbst denjenigen über-raschen können, der sich grundsätzlich über nichts mehr wundert. Ansichten, noch mehr, Tendenzen, werden hier zum Verbrechen erhoben und dieses so zu sagen ideologische Verbrechen wird mit Strafen bedroht, von denen einige durchaus unjuristisch und mit den Rechten, welche den Bürgern aller freien Staaten zugesprochen und gewährleistet sind, unvereinbar sind; diese energischen Strafen endlich werden nicht etwa von der richterlichen Gewalt, sondern von den Verwaltungsbehörden verhängt. Den Gerichtshöfen ist lediglich die Rolle zugewiesen, die Uebertretungen der administrativen Verbote zu ahnden; statt daß sie dem Bürger einen Rekurs gegen die Willkür gewähren sollten, fällt ihnen die Aufgabe zu, dieser Willkür, wie dem Gesetze selber, Achtung zu verschaffen. Von der Controle, welche der erste Entwurf wenigstens pro forma dem Reichstage einräumte, ist nicht mehr die Rede. Der Bundesrath selbst muß den größten Theil der Gewalten, die ihm anfänglich vorbehalten waren, an einen gemischten Ausschuss abtreten, der aus 5 Richtern und 4 nicht näher bezeichneten Personen besteht und den wenig beruhigenden Namen: „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ führen sollte. Der Entwurf ist gegen die sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Propaganda gerichtet, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- und gesellschaftlichen Ordnung abzielen soll, und zwar wird die Verwaltungsbehörde zu entscheiden haben, welche Propaganda diesen Namen verdient. Wir kennen diese Phrasologie zu gut, um nicht zu wissen, was man alles aus ihr ableiten kann. Das Wort: Sozialismus ist eine Flagge, welche täglich die verschiedensten Waaren deckt. Zwei Männer, von denen der eine sich auf seinen Sozialismus etwas einbildet, der andere aber sich gegen jede sozialistische Neigung verwahrt,

gelangen oft zu ganz ähnlichen Schlüssen. Wer immer Reformen studirt oder anempfiehlt, die in irgend einem Punkte die gesellschaftlichen Einrichtungen berühren, kann sich freiwillig einen Sozialisten nennen oder wider seinen Willen so genannt werden. Für die Leute aber, welche die Verwaltungsbehörde des Sozialismus schuldig erklärt hat, soll es kein Versammlungs- und Vereinsrecht mehr geben, kein Recht zu schreiben oder zu drucken, keine Freiheit der Arbeit und des Gewerbes, keine Freizügigkeit, ja, man könnte beinahe sagen, kein Eigenthumsrecht; alle Bürgerschaften des gesellschaftlichen Zustandes in den gestifteten Ländern sollen für diese Parias wegsallen. —

Man kann jetzt nicht mehr daran zweifeln, daß der deutsche Reichskanzler sich hartnäckig an diesen Entwurf klammert, der in dem vorigen Reichstag nicht durchgedrungen war und jetzt in dem neuen mit erheblichen Verschärfungen, aber allem Anscheine nach mit geringeren Ausföchten auf einen besseren Erfolg eingebracht werden soll. Indem die öffentliche Meinung von Europa diesen Entwurf betrachtet, dem es an Maß und Ruhe gebricht, ist sie einigermaßen erstaunt über die Eigenliebe des Autors, über die väterliche Befangenheit, vermöge deren seine Mißgestalt einem Staatsmanne verborgen bleiben kann, bei welchen man nach den erfreulichen Schwankungen (erfreuliche Schwankungen! der echte Gambetta! Red. d. B.) seiner politischen Laufbahn und nach seinen so außerordentlichen Schicksalen derartige Ausföchtmittel nicht hätte erwarten sollen. Wenn irgend wer, dachte man, von allen Vorurtheilen der Rasse und Erziehung, von allen Beschränktheiten des Parteigeistes frei sein, wenn irgend wer sich nicht vor Gespenstern fürchten sollte, so müßte es Herr v. Bismarck sein, welcher Fürst und Kanzler eines ungeheuren Reichs geworden ist. Wohnte es wohl der Mühe, das Banner der Civilisation, der deutschen „Kultur“ so hoch zu halten, um nach unendlichem Gezerre zu einem Gesetzentwurfe zu gelangen, welcher gegen die Grundsätze verstoßt, die allen civilisirten Völkern gemein sind?

Das englische „Weltblatt“, die „Times“, der wahrhaftig keine Feindschaft gegen Fürst Bismarck imputirt werden kann, widmet der Vorlage einen Leitartikel, in dem es unter Anderem heißt:

„Die Vollmachten, welche Fürst Bismarck vom Reichstage verlangt, könnten unter Umständen für die Sicherheit des Staates notwendig sein. In England würden sie ungeheuerlich erscheinen. In Deutschland wird man sie wohl nicht günstiger beurtheilen. Vor allem legen sie die Rede-, Press- und Versammlungs-freiheit ganz in das Belieben des regierenden Ministers. Sie sind zweifellos gegen den Sozialismus gerichtet. Wer hat aber zu definiren, was Sozialismus ist? Ein sogenanntes Tribunal, in welchem sich ein mächtiger Minister immer eine Stimmenmehrheit sichern kann. Ein solches Tribunal kann sozialistische Lehren oder Tendenzen in Büchern finden, welche man gewöhnlich als treffliches Material zur Disposition betrachtet. Von Stuart Mill's Werk über die „Politische Oeconomie“ zum Beispiel ist schon häufig gesagt worden, daß es sozialistische Lehren enthalte, weil es die utopistischen Systeme einiger Reformer in sympathischer Weise bespricht: Stöße deutscher Bücher über dieselben Fragen würden ähnlichen Folgen ausgesetzt sein, weil sie die Möglichkeit einer Aenderung der gegenwärtigen sozialen Rechtsordnung erörtern. Ein deutscher Denker wäre schlimm daran, wenn er sich nicht über ein halb Duzend Methoden auslassen könnte, durch welche das menschliche Gend auf dem Wege einer Ausgleichung der Vermögensverhältnisse vermindert werden soll. Das Buch von Karl Marx über das „Kapital“ müßte aus den Buchhandlungen verbannt werden, obwohl nicht einer unter zwanzig Arbeitern im Stande ist, seinen abstrusen sozialistischen Argumentationen voll technischer Ausdrücke zu folgen. Sogar Philanthropen würde es schlecht bekommen, wenn sie den Nachweis liefern wollten, daß der Staat im Stande sei, die Lage der Armen in den Verkehrscentren zu verbessern, die Stätten der Verbrechen und Laster zu beseitigen. Vorschläge zur Einführung der englischen Armen-gesetze würden, wie wir fürchten, als entschiedene sozialistische behandelt werden. In der That, ein energischer Minister würde, unterstützt von einem schüchternen und gehorjamen Gerichtshof, sehr bald jeder Diskussion über soziale Fragen ein Ende gemacht haben, mit Ausnahme derjenigen, welche den jetzigen Zustand der Dinge absolut verteidigt. Es ist unschwer zu beweisen, daß eine solche Unterdrückung der öffentlichen Meinung ein ungeheures Uebel wäre. So weit die Unterdrückung wirksam wäre, würde sie manche werthvolle Diskussion ebenfugot verhindern, als manche unglücklichen Vorschläge. Sie würde jene Originalität beseitigen, welche das Salz des nationalen Lebens ist. In anderen Fällen würde sie wider-

spenstige Geister in gefährliche verwandeln. Spekulative Meinungen sind oft wie Schießpulver; je mehr man es zusammengepreßt, desto größer wird seine explodirende Kraft. So würden die Dinge sich ganz besonders in Deutschland gestalten, dessen Bewohner mehr Reizung zum philosphischen Denken, wenn nicht mehr Geschicklichkeit dazu haben. Seine Denker erkennen schon eine Menge Systeme, welche, wenn sich praktische Männer ihrer bemächtigt hätten, den Staat zerstört haben würden. Auf alle Religionen, alle moralischen Söhungen und sozialen Institutionen hat sich diese fürchtbare deutsche Analyse wie Welsbhan gelegt. In Wirklichkeit haben sie jedoch durch diese metaphysischen Stürme wenig gelitten, weil die destruktiven Systeme sich selbst in den leeren Raum endloser Diskussion erschöpften, oder indem ein System die Uebertreibungen der anderen korrigirte. Das Ergebniß wäre aber vielleicht ein anderes gewesen, wenn man diesen Theoretikern das freie Wort abgeschnitten hätte und wenn Verschwörungen an die Stelle der Theorien getreten wären. Ein praktischer Staatsmann darf manchmal freilich nur auf das Nächstse sehen, wenn es sich darum handelt, ein unmittelbar drohendes Uebel zu bekämpfen. Er mag beispielsweise vorübergehend die Habeas corpus-Akte suspendiren, um einer Verschwörung oder einem Aufstande zuvorzukommen. Vielleicht gelingt es dem Fürsten Bismarck, einigermaßen den Beweis anzutreten, daß jetzt ein solches Bedürfniß vorliegt. Vielleicht ist er vorbereitet zu beweisen, daß Deutschland von communis-tischen Wuttschen bedroht sei; daß die Agitatoren alles aufbieten wollen, um die Gesellschaft über den Haufen zu werfen; daß sie den Meuchelmord organisiren wollen; daß die letzten traurigen Tage der Pariser Commune nur ein Vorbild seien von den Greueln, welche Deutschland zu erwarten hätte, wenn es die sozialistischen Aufwiegler nicht niederzuwerfen und zu knebeln vermöchte. Aber es wird eines Beweises bis zur Evidenz bedürfen, um die liberalen Abgeordneten an die Existenz einer solchen Gefahr glauben zu machen, da sie sehen müssen, daß die Waffen, welche der Kanzler gegen die Sozialisten verlangt, gegen sie selbst gebraucht werden können. Leider gewähren in dieser Beziehung die eigenen Ideen und Gewohnheiten des Kanzlers nicht die geringste Garantie. Er ist ein großer autokratischer Staatsmann, aber selten hat ein Minister von seiner Bedeutung so wenig parlamentarische Fähigkeiten besessen, oder wenigstens eine so offene Geringschätzung der Volksvertretung an den Tag gelegt, als er. Er scheint ein eingewurzelttes Mißtrauen in die Methoden der Ueberzeugungskunst oder Verachtung für ihre Langsamkeit zu hegen. In dieser Beziehung steht er auf einem der Politik Labour's direkt entgegengesetzten Standpunkt. Dieser hat sich grundsätzlich geweigert, unter dem Belagerungszustand zu regieren, und er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die parlamentarische Diskussion, wenn sie auch oft langsam von Statten geht, doch schließlich der rascheste Weg der Gesetzgebung ist, weil sie zugleich die Ideen umwandelt und Gehorsam erzwingt.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Harburger Unruhen.

Die liberalen Blätter ließen sich vor einigen Tagen telegraphiren, daß die vereinigten Sozialdemokraten und Welsen in Harburg am Abende der Stichwahl großen Tumult und grobe Excesse verübt hätten. — Bei der Stichwahl hatten sich allerdings unsere Parteigenossen mit den Welsen vereinigt, weil der freisinnige Welse Graf Grote versprochen hat, gegen die Ausnahme-gesetze zu stimmen, während der reaktionäre „liberale“ Grumbrecht ein eifriger Anhänger der Ausnahme-gesetze ist. Bei solcher Sachlage müßte unsere Partei ja aus lauter Eitelkeit bestehen, wenn sie eine andere Stellung einnähme.

Wir wollen nun zunächst hier einen ziemlich objektiven Bericht des „Hamburgischen Correspondenten“ über die Harburger Vorgänge geben.

„Es ist leider am Sonnabend Abend in Harburg anläßlich der vorigen Stichwahl zum Reichstag zu argen Excessen und Blutvergießen gekommen. Die welsche und die sozialdemokratische Partei hatten sich vereinigt, um gemeinsam den Candidaten der ersteren, den Grafen Grote, gegen den bisherigen national-liberalen Vertreter des Wahlkreises, Bürgermeister Grumbrecht durchzubringen. Nachdem schon im Laufe des Tages wiederholt Mißhandlungen solcher Personen, unter Anderen eines Eisenbahnbeamten und eines Fabrikanten vorgekommen waren, welche widerrechtlicher Beeinflussung von Wählern zu Gunsten des liberalen Candidaten beschuldigt wurden, sammelten sich nach Schluß des Wahls große Haufen an, welche ihrer Freude über den Aus-

fall der Wahl in der Stadt Harburg, woselbst Grote 2093, Grumbrecht 1389 Stimmen erhalten hatte, in tumultuarischer Weise Ausdruck gaben. Verärkt durch zahlreiche Ange-trunkene, wie sie an Sonnabend-Abenden nach der Lohn-auszahlung an die Arbeiter die Straßen zu beleben pflegen, durchzogen die Haufen, die Arbeiter-Marseillaise und das sogenannte Hannoveranerlied singend und Hochs auf den Prinzen Ernst August und Grafen Grote ausbringend, mehrere Straßen der Stadt, um schließlich vor dem Gebäude des „Harburger Anzeigers“ und dem Hause des Bürgermeisters Grumbrecht Posto zu fassen, wo binnen Kurzem fast sämtliche Fenster-scheiben eingeworfen wurden. Die Aufforderungen der nur etwa 10 Mann stark am Plage befindlichen Polizeimann-schaften zum Ruhehalten und Auseinandergehen wurden mit Hohngelächter und Pfeifen, ihre Versuche, die Menge auseinander zu treiben mit Steinwürfen beantwortet. Auch nachdem noch einige Polizisten und Gensdarmen zur Verstärkung herbeigekommen, vermochten die Organe der öffentlichen Sicherheit nichts gegen die immer mehr angewachsenen und aufgeregter werdenden Massen auszurichten, saßen sich vielmehr selbst bald ernstlich bedrängt. Zur Unterstützung der Polizei verfuhrte jetzt die durch ihre Alarm-signale zusammenberufene freiwillige Feuer-wehr einzuschreiten, indem sie die Wasserstrahlen einiger Feuer-spritzen auf die Menge richteten. Für einen Augenblick schien das wirksam, bald aber lehrte die Masse in erneuter Wuth zu-rück und überschüttete die Feuerwehrlente mit einem wahren Hagel von Steinen, durch welchen auch mehrere Feuerwehrlente ernstliche Verletzungen erzielten. Jetzt blieb nichts anderes übrig, als das Militär einschreiten zu lassen. Leider war das in Harburg garnisonirende Bataillon des 75. Regiments zu den Wandern ausgerückt und hatte nur ein kleines Wachdeparte-ment von 20 und einigen Mann zurückgelassen, so daß nur 1 Unteroffizier und 12 Mann zur Unterstützung der inzwischen arg ins Gedränge gerathenen Polizeimannschaften zur Verfügung waren. Diese kleine Anzahl vermochte dem durch stunden-lange Straßlosigkeit übermüthig gewordenen Böbelhaufen nicht zu imponiren, vielmehr wurde das Militär gleichfalls mit Steinen überschüttet, von denen mehrere Soldaten getroffen wurden. Eine darauf abgegebene blinde Salve hatte keinen Er-folg und sah das Militär sich gezwungen, scharf zu feuern, was denn endlich die Böbelmasse auseinander trieb. Die Zahl der Verwundeten auf Seite der Tumultuanten beläuft sich auf circa 30, von denen einer in wenigen Minuten seinen Geist aufgab, während zwei seitdem verstorben sind. Einer der Tumultuan-ten wurde in dem Augenblick niedergeschossen, als er, nachdem er unmittelbar vorher einen Polizeioffizianten durch einen Steinwurf am Kopf schwer verletzt hatte, sich bückte, um nochmals einen Stein aufzuheben. Die auseinander geprengte Böbelmasse zerstreute sich zwar, durchzog aber noch längere Zeit in kleineren Schaaren die Stadt und die Auf-regung hielt fast die ganze Nacht an. Erst das am Sonntag Morgen 8 Uhr in Harburg wieder einrückende, von dem Vor-gelassenen telegraphisch benachrichtigte Bataillon des 75. Regi-ments vermochte die Ruhe vollständig wieder herzustellen, nach-dem mehrere Zusammenrottungen noch am Sonntag Morgen mit Kolbenstößen hatten auseinandergetrieben werden müssen. Das Bataillon wurde in summarischer Weise einquartirt, wo bei die bekannten hervorragenden Führer der welschen Partei vorzugsweise beobacht wurden; zahlreiche Patronen mit scharf geladenen Gewehren durchzogen während des gefrigen Tages die Stadt und sicherten die wiederherge-stellte Ruhe.“

Schon aus diesem Berichte geht hervor, daß die Sozialdemokraten an dem Aufstand nicht theilhaftig waren, denn lächerlich ist es, wenn man die „Arbeitermarseillaise“ singen und zugleich Hochs auf den Prinzen — nach anderen Blättern auf den König — Ernst August ausbringen läßt. Das Hoch der Sozialdemokraten hätte sicherlich anders geklungen. — Daß brutale Wahlbeeinflussungen, Hinschleppen der Arbeiter wie zur Schlachtbank seitens „liberaler“ Welsen den Anlaß zu solchen belagerten Vorfällen gegeben haben, ist allseitig erwiesen und kennzeichnet den „Liberalismus“ in seiner elenden Ver-sumpftheit. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt über die Ver-anlassung:

„Der erste Anlaß zum Conflict bot sich schon am Nachmit-tage dar, als der an der Hannoverschen Bahn angestellte Bahn-kommissar Tabor im Wahllokal erschien. Ihm wurde von Seiten der Sozialisten und Welsen zum Vortritt gemacht, daß er die ihm untergebenen Arbeiter mit von außen leicht erkennbaren Stimmzetteln für Grumbrecht versehen und sie unter Androhung der Entlassung genöthigt

Oberst Rüstow.

Eine Depesche meldet uns die Mittheilung des „Schweizer Volksfreund“ in Basel, daß sich Oberst Rüstow erschossen habe; eine zweite Depesche, die uns eben beim Schreiben dieser nekro-logischen Skizze von einem unserer Schweizerischen Correspondenten aus Zürich zugeht, meldet einfach, daß Rüstow gestor-ben sei und Sonnabend Nachmittags seine Beerdigung statt-finde.

Wilhelm Rüstow war den 25. Mai 1821 in der Provinz Brandenburg geboren. Siebzehn Jahre alt trat er in den Mi-litär-dienst ein und verrieth eine außerordentliche Begabung. Von 1841—49 diente er in der preussischen Armee als Ingenieur-lieutenant und war insbesondere beim Festungs-bau in Posen thätig. Hier, sagt man, habe er sich zuerst mit der Politik ernst-licher befaßt, der er dann in der Folge eine ungewöhnliche Theilnahme widmete. 1848 fanden wir ihn von der revolutionären Bewegung ganz ergriffen. Er schreibt die Broschüre „Der Militärstaat vor und während der Revolution“, worin er für den bürgerlichen Charakter des Militärs plaidirt und die be-stehenden Institutionen in schärfster Kritik bloßstellt. Demselben Zwecke ist 1849 die Schrift über die Bereidigung des Heeres auf die Verfassung gewidmet, in welcher er gegen den conserva-tiven Grafen von Arnim-Boitzenburg in die Schranken tritt. Rüstow wurde dafür vor ein Kriegsgericht gestellt und zu meh-reren Jahren Festung (nach einer andern Angabe zu 16 Jahren Zuchthaus) verurtheilt. Er konnte jedoch entkommen und begab sich in die Schweiz, wo er seitdem gelebt hat. Nach der Thron-besteigung des jetzigen Königs von Preußen blieb er von der Amnestie ausgeschlossen.

Rüstow hat sich in doppelter Richtung hervorgethan: als praktischer Militär und als Militärschriftsteller. Es war 1860, daß er mit Garibaldi die Expedition in Sicilien mitmachte, im Range eines Obersten und Generalstabschefs. Bei den Opera-tionen am Volturno hatte er ein wichtiges Commando. In der Schweiz, deren Bürger er geworden war, indem er sich in Bauma, Ranton Fürst, ein Bürgerrecht erwarb, nahm er eine hervor-ragende Stellung als Offizier der Schweizerischen Armee ein. Er wurde Brigadeführer und hat sich zumal durch seine Vorträge,

die er als Lehrer in der Militärschule zu Thun hielt, große Verdienste um das Milizwesen der schweizerischen Republik er-worben. So oft die Armee bei Kriegen der Nachbarationen kriegsbereit gemacht werden mußte, stellte man ihn auf einen wichtigen Posten, 1870 in die Abtheilung des Generalstabs für Truppenbewegungen.

Eine größere Bedeutung allerdings hat Rüstow als Militärschriftsteller erlangt. Er ist einer der Wenigen auf diesem Ge-biete, die es verstanden haben, neben den Fachmännern, welche ihn stets als Autorität gelten ließen, auch die weiteren Kreise der Gebildeten zu interessieren. Rüstow war ungemein fruchtbar; er verstand es, einfach und klar zu schreiben, und seine Dar-stellung verräth ein äußerst vielseitiges Wissen. Vor allem hat er wohl das Feld der Kriegsgeschichte bebaut, in welcher er, tüchtig in den Sprachen, in der Universalgeschichte und in der Politik, ein reiches und selbstständiges Wissen erworben hatte.

Zu seinen früheren Schriften gehören: „Die Lehre von der Anwendung der Verschanzungen“, welche 1853 erschien, und die im gleichen Jahre veröffentlichte Beschreibung des Feldzugs von 1805 in Deutschland. Um diese Zeit gab er auch „Die mili-tärischen und vermischten Schriften Heinrich v. Bülow's“ heraus und einen Auszug aus den zum Theil verflochtenen Schriften dieses Militärschriftstellers. 1855 erschien „Die griechischen Kriegs-schriftsteller“, etwas später die Erläuterung zum gallischen Kriege Cäsar's. Diese beiden Werke, wodurch das militärische Ver-ständniß für die Kriegskunst der Alten gefördert werden sollte, edirte Rüstow in Verbindung mit seinem Freunde, dem Philo-logic-Professor Kochly. Die Commentare von kundiger Hand sind auch dem Schulunterricht sehr zu gut gekommen. Viel Neben's machte 1857 die Schrift Rüstow's über den Angriff auf die Krim und den Kampf um Sebastopol. Auch fallen in diese Periode Schriften, welche speziell für die Schweizerische Armee abgefaßt worden sind, desgleichen „Der Krieg und seine Mittel“, „Die Geschichte der Infanterie“, ein Werk, das als bahnbrechend bezeichnet worden ist. 1858 gab Rüstow „Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts“ heraus; er schildert hier vom Jahre 1792 ab alle militärischen Leistungen. Noch dasselbe Jahr brachte ein militärisches Handwörterbuch und die „Allgemeine Taktik“. In letzterem Werke untersuchte der Autor den Einfluß

des veränderten Infanteriegewehrs auf die taktischen Fragen. 1859 beschrieb Rüstow den italienischen Krieg.

Schon mit der genannten Darstellung des Krimkrieges hatte der Autor ein Feld betreten, auf welchem er in der Folge her-vorragend thätig werden und das Interesse der politischen Kreise wie der militärischen fesseln sollte. Rüstow besprach die Vorgänge in der Krim, ohne ihren Abschluß zu erwarten. Zur Zeit des Feldzugs der vereinigten Franzosen und Piemontesen gegen die Oesterreicher bildete er diese Schreibweise noch mehr aus, er folgte den Ereignissen schrittweise und ließ seine Darstellung in kurzen Zwischenräumen, während die kriegerische Aktion ihren Fortgang nahm, erscheinen. So hatte die lesende Welt den Vor-theil, einen militärischen Führer zu besitzen, während noch ihre ganze Theilnahme an den militärischen Operationen hing. Den dänischen, preussisch-österreichischen, deutsch-französischen Krieg und noch jüngst die Kämpfe im Orient sind von Rüstow nach seiner eigenartigen Methode behandelt worden. Dabei mußte dieser Autor seine militärische Schilderung in einen weiten Rahmen einzuwickeln. Er beschrieb nicht einzig Gefechte und Schlachten; die ersten Lieferungen seines Werkes gaben immer eine ausflä-rende Uebersicht über die politische, ethnographische und militä-rische Situation; er legte die Kriegssache klar, charakterisirte die Heeresmacht der streitenden Parteien und verband mit der Aufzählung der Thaten ein scharfes kritisches Urtheil. Man hat Rüstow darob getadelt, daß er Schriften, welche den Anspruch erhoben, Hand-schriften zu sein, so schnell fertigete, nicht erst, nachdem die Ereignisse sich völlig abgespielt, ein um so klareres Bild von ihnen zu geben trachtete. Aber wie man auch hierüber denken mag, so viel darf fahn behauptet werden, daß er in seiner Art ein seltenes Talent besaß. Er ordnete Bewirrtes mit rascher Klarheit, gruppirt gut, schrieb flüssig, knapp, an-schaulich, und gerade, was er an Notizen und Urtheilen allge-meinerer Natur dem Militärischen beimißte, verrieth einen kenntnisreichen, scharfsinnigen, geistig hochstehenden Mann. Daß Rüstow seine Ausführungen oft mit scharfen polemischen Be-merkungen glaubte würzen zu müssen, haben ihm ebenfalls Viele übel genommen. Man kann ihn sich aber ohne die Kundgabe seines lebendigen und streitbaren Temperaments nicht wohl vor-stellen, und mehr als über die Form sind wohl die Betheiligten darob böse geworden, daß er Fehler aufzudecken sich nicht scheute

habe, für den Nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Als Labor das Wahllokal verließ, wurde er von der wütenden Menge angegriffen und mißhandelt. Gegen den Schluß des Wahllokals soll der Besitzer der Glashütte, Köhl, seine Arbeiter zum Wahllokal geführt haben und sie durch Darbietung von Getränken ermuntert haben, für Grumbrecht ihre Stimmen abzugeben. Wie dem nun auch sei, genug, die Vermutung hieron pflanzte sich rasch fort und erregte heftigen Unwillen auf Seiten der Gegner. Als Köhl sich entfernte, gingen fünf Polizisten zu seinem Schutze mit. Der wütende Pöbel kümmerte sich nicht darum, sondern drang auf ihn ein und schlug ihn auf barbarische Art.

Wir verurteilen natürlich solche Thätlichkeiten, wir verurtheilen alle Rohheiten, von welcher Seite sie auch kommen mögen — aber Eins sieht fest: „Die Liberalen“ haben durch ihre Wahlbeeinflussungen einzig und allein die Unruhen hervorgerufen.“

Unser Genosse Steffens aus Harburg schreibt an die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ folgenden Bericht: „Harburg, 18. August. Unsere Stadt gleicht heute einem Heerlager. Anlässlich der gestern stattgehabten Stichwahl zwischen Grumbrecht und dem Grafen Grote hatte gestern Abend auf dem Sande eine Anzahl Reugieriger zusammengefunden, man hörte „Hochs“ auf Grothe und wäre die Sache vielleicht ruhig verlaufen. Mit einem Male — es war vielleicht 10^{1/2} Uhr — wurde Feuerlärm geblasen, und es strömte Alles nach dem Sande hin. Der Menschenhaufen wurde noch dichter. Dem liberalen Redakteur Lüdemann wurden die Fenster eingeworfen. Jetzt erschien Militär, zwar nur ein Wachkommando, denn das hiesige Bataillon ist vor einigen Tagen ausgerückt zum Manöver. Es wurde in der Folge „scharf“ geschossen; ein Mann aus der Menge wurde sofort getötet. Zahlreiche Verwundungen sind vorgekommen. Auf sofortige telegraphische Nachricht ist heute nun das hiesige Bataillon wieder eingerückt und hat dasselbe auf dem Sande Aufstellung genommen. Patrouillen durchstreifen jetzt die Straßen, Warnungsplakate sind angeschlagen, den Inhabern von Wirtschaftstokalen ist Ordre ertheilt, heute Abend um 10 Uhr zu schließen. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden und dauern heute noch fort. Von den Verwundeten sind bereits einige heute gestorben. Unsere Genossen sind hieran nicht theilhaftig.“

Aus guter Quelle können wir hinzufügen, daß bei den zahlreichen Verhaftungen, die vorgekommen sind, nur ein einziger Arbeiter, der unserer Partei angehört, verhaftet wurde, jedoch irrtümlicher Weise, da er sofort wieder in Freiheit gesetzt worden ist.

Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, an deren Geschäftslokal die Fensterstöße eingeworfen sind, fasseln allerdings auch von den „vereinigten Sozialdemokraten und Welfen“, die den Skandal gemacht hätten, jedoch sehen dieselben hinzu: „unter Anführung der Leiter der Welfenpartei“. Zum Schluß des Berichts das Blatt nur noch von den Welfen. Der Schluß des Berichts der überaus sozialistenfresserischen, national-liberalen, Grumbrecht'schen „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ lautet nämlich:

„Heute Morgen sind zunächst die Hauptführer der Welfen, der Vorsitzende des Wahlcomités der deutsch-hannoverschen Partei, Bremann, sowie der Tischler Moritz, welche sich mehr oder minder bei dem Aufruhr theilhaftig haben sollen, sowie außerdem noch vielleicht 15—20 Personen verhaftet. Die Vorgänge geben eine würdige Illustration der Partei, welche den Wahlspruch: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ auf ihr Banner geschrieben hat und sich unter dem Schutze der Weislichkeit so gern mit christlichem Sinn brüsst.“

Der Sozialisten, die auch thatsächlich bei der ganzen Affaire nicht theilhaftig waren, wird also nicht weiter gedacht; trotzdem sucht die „liberale“ Presse in Deutschland dieselben mitverantwortlich zu machen, damit die Bedenken gegen das Ausnahmengesetz mehr und mehr schwinden sollen.

Deshalb wird der ganze Krawall auch noch phantastisch aufgebaut. Ob die Soldaten recht gehandelt haben, gleich mit scharfen Patronen zu schießen und eine Menschenmenschlächterei in Szene zu setzen, das wird die Untersuchung erst noch feststellen. Bis jetzt steht fest, daß die Soldaten gar nicht von ihren ordentlichen Führern zum Schießen commandirt worden sind — „liberale“ Reservewoffiziere außer Dienst sollen die Commandos abgegeben haben.

Also die Bourgeoisie gegen die „Canaille“, und wenn die „Canaille“ auch nicht einmal roth, sondern nur gelb-weiß ist!!!

und große Schonung nicht für wissenschaftliche Pflicht hielt. Die Operationen der napoleonischen Generale in der Lombardei gehören beispielsweise in diese Kategorie; er hat manches unliebsame Wort darüber geschrieben.

Wir erwähnen ferner aus Rüstow's Feder „Die Lehre vom neuen Festungskriege“, eine Epoche machende Arbeit, in welcher sich der einseitige Genieoffizier von der vortheilhaftesten Seite zeigt, dann „Die Lehre vom kleinen Kriege“, eine deutsche Ausgabe des Cäsar von Napoleon III. mit kritischen Commentaren, ein Compendium des Kriegesrechts, — und können nicht versichern, ob die lange Reihe nicht doch noch unvollständig ist. Nicht vergessen dürfen wir auch, daß Rüstow das Willkürwesen wiederholt in berechteter Weise gerechtfertigt hat. Hinsichtlich seiner Stellung zu der großen Frage „Krieg und Frieden“ sei erwähnt, daß er kein Anwalt der humanitären Bestrebungen innerhalb des Kriegeswesens war, sondern von möglichst rücksichtsloser Kriegführung ein rasches Ende des ganzen Kriegeshandwerkes erhoffte. Auch eine beiläufige Reminiscenz mag im Augenblicke Beachtung verdienen; Rüstow hat im Hinblick auf gründliche Erledigung der orientalischen Wirren mehr als einmal eine Cession Syriens an Frankreich befürwortet.

Eine ungebundene Natur und ein freier Geist, huldigte Rüstow dem politischen Radikalismus, ohne daß er sich gerade zu einem bestimmten Parteiprogramm bekannte. Zu sehr freundschaftlichen Beziehungen stand er, wie man sich erinnert, zu Lassalle. In der fatalen Duellaffaire rieth er demselben, freilich erfolglos, sich vorher einzuschließen, um dem Gegner gewachsen zu sein, und sekundirte ihm. Nun ist er dem Unglücklichen nachgefolgt, vielleicht selbst ein Unglücklicher, wenn die erste betrübende Kunde Recht behält. Erwarten wir die Aufklärung. Aber wie diese bei einem Manne, der sich an den realen Dämonen des Lebens oft gestoßen haben mag, auch laute, so viel ist sicher: mit Wilhelm Rüstow, welchem zwei Brüder, ebenfalls ausgezeichnete Offiziere und Militärchriftsteller, in den Tod vorausgegangen, erlischt der letzte Stern aus einem berühmten Dreigestirn am literarischen Himmel, und ein Mann von großem Talente und großer Arbeitskraft hat sich zur Ruhe gelegt. (Drankf. Btg.)

Die „Kaiserlichen“ haben Wahlbeeinflussungen, Wahlfälschungen verübt, die „Royalisten“ haben deshalb die „Kaiserlichen“ geprügelt und ihnen die Fenster eingeworfen — das ist die einzige Ursache der Harburger Unruhen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wir machen die Parteigenossen nochmals darauf aufmerksam, daß **Wahlproteste spätestens 10 Tage nach Eröffnung des Reichstags** sich in den Händen des Reichstagspräsidiums befinden müssen.

— Die Nationalliberalen suchen der Regierung zu beweisen, daß sie ihr unentbehrlich seien, und erbieten sich natürlich zu allen möglichen Liebesdiensten. Die Hiebe, die ihnen die junkerliche Hezzeitung während der Wahlcampagne versetzt, sind rasch vergessen. Natürlich ist es das Sozialistengesetz, das ihnen Gelegenheit geben soll, sich unentbehrlich zu zeigen. Wie ein Theil der „Partei“ in dieser Beziehung denkt, erhellt aus folgendem Passus einer Rede, die Herr v. Bennigsen am 18. d. in einer Braunschweiger Wählerversammlung zu Gunsten Stauffenberg's gehalten:

„Zunächst wird dem Reichstage der Gesetzentwurf wegen Bekämpfung der sozialistischen Umtriebe zugehen. So viel haben Sie jedenfalls aus den Zeitungen ersehen, wie recht der letzte Reichstag hatte, das damalige Sozialistengesetz abzulehnen, das in fünf Tagen über Hals und Kopf zusammengestellt war und welches eine Versammlung von Diplomaten und hohen Staatsbeamten, den Bundesrath mit der polizeilichen Executive gegen die Sozialdemokraten beauftragten und den Reichstag zur Appellationsinstanz machen wollte. Jetzt ist es genau so gekommen, wie ich es im Frühjahr dem Minister Grafen Eulenburg sagte: der Reichstag wird im Herbst zusammenberufen, um ein sorgsam ausgearbeitetes Gesetz zu beraten. Als ich vor einiger Zeit in Berlin einen höheren Beamten fragte, warum man denn nicht den Reichstag sofort noch vor dem Congreß einberufen habe zur Berathung des Sozialistengesetzes, erwiderte dieser, das sei ja ganz unmöglich gewesen, denn das Gesetz anzuarbeiten, hätte man ja Wochen und Monate bedurft. Und zu dem vom Reichstage abgelehnten Entwurf hatte man nur fünf Tage verhandelt! Jetzt wird man also ein sorgsam vorbereitetes Gesetz vorlegen; über dasselbe sich schon jetzt auszusprechen, wäre verfrüht, weil es ja noch der Prüfung des Bundesrathes unterliegt. Aber eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstag muß gelingen, um den gefährlichen Agitationen der Sozialdemokraten gegen die festesten Grundlagen des Staats und der Gesellschaft wirksam entgegen zu treten. Dazu wird es eines großen Maßes von Selbstbeherrschung auf allen Seiten bedürfen. Ich hoffe, daß die Verständigung gelinzt, jedenfalls werden Herr v. Stauffenberg und ich uns redlich dafür bemühen, daß die Ordnung gesichert und doch dabei die Freiheit nicht mehr als nöthig beschränkt wird. Das war immer das Streben der national-liberalen Partei und dafür ist sie abwechselnd von rechts und links getabelt worden, daß sie Ordnung und Freiheit mit einander in Einklang halten. Mitunter müssen die Forderungen der Ordnung die der Freiheit überwiegen, mitunter umgekehrt, wenn auch den Aengstlichen die Ordnung dadurch anfangs gefährdet erscheint.“

Also Herr v. Bennigsen hält eine Verständigung mit der Regierung für nothwendig. Es fragt sich nur, welchen Preis er dafür zahlen wird, und was er unter „Forderungen der Ordnung“ versteht. Die „Ruhe des Kirchhofs“ und russische Polizeiwirtschaft? oder eine auf gerechte Gesetze sich gründende Staats- und Gesellschaftsordnung? Die Herren Ordnungsmänner haben das schöne Wort „Ordnung“ so schmählich mißbraucht, daß es entweder nichts mehr bedeutet, oder nur die Karrikatur seiner selbst. Und was speziell die „Ordnung“ der Herren Nationalliberalen betrifft, so haben wir sie zur Genüge kennen gelernt, um uns über die reaktionären Ordnungsliebhabereien des Herrn v. Bennigsen zu täuschen.

— Die „Germania“, das bekannte Berliner Organ des Centrums bereitet seine Leser schon auf Neuwahlen vor und richtet bei dieser Gelegenheit an die katholische Partei folgende „Bitte“:

„Falls Herr Dr. Jörg auch in Zukunft nicht in der Lage ist, ein Mandat für den Reichstag anzunehmen, so dürfen dann dem Centrum mindestens drei andere Namen fehlen: Rousfang, Jäger und Rudolph Meyer. Letzterer ist Protestant, steht aber vollständig auf dem Boden des Centrums. Ein Strafentwurf des Fürsten Bismard veranlaßte ihn augenblicklich, jenseits der deutschen Grenzpläne sein Domizil aufzuschlagen; wir hoffen aber, daß er in nicht allzuferner Zeit wiederkehren und dann dem Centrum eine Stütze sein wird in den hochwichtigen Fragen, welche nunmehr vielleicht auf Jahrzehnte hinaus auf sozialem Gebiet an den deutschen Reichstag herantreten werden.“

Das Centrum will also ernstlich in „sozialer Frage“ machen. In welchem Sinne, das besagt der Name des Herrn Rudolph Meyer, welcher ja eine Art von Programm ist.

— In Breslau löste ein Polizeikommissar eine Versammlung deshalb auf, weil Genosse Kröder den preussischen Gesetzentwurf gegen die Sozialisten scharf kritisirte. Der gefeßelnde Polizeioffiziant erklärte, daß ein Gesetz nicht kritisiert werden dürfe; ganz abgesehen davon, daß ein solcher Auslösende Grund vor dem Gesetze nicht haltbar ist, scheint der Herr Kommissar von dem Wahn besungen, daß der famose preussische Polizeientwurf schon Gesetzeskraft erlangt habe. Sein Vorgesetzter, an welchen die Beschwerde gerichtet ist, wird dem gefeßelnden Commissarius wohl einige Instruktionsrunden ertheilen lassen.

— Komische Mache. Unsere Gegner haben eine sonderbare Manier, sich für Niederlagen zu revanchiren. In Breslau von Reinders gekloppt, sagten sie Reinders todt; in Berlin von Frißche geschlagen, lassen sie Frißche wegen Majestätsbeleidigung ins Gefängniß wandern — natürlich bloß auf dem Papier.

— Gensdarmen und Polizisten haben bei den letzten Reichstagswahlen manchen conservativen Abgeordneten „machen“ helfen. Untersucht sich aber ein armes Schulmeisterlein einmal, eine gelinde Agitation für einen Fortschrittler oder Clericalen oder auch nur für einen zahmen Laster zu betreiben, so ist solches „Verfahren“ mit den Geschäften eines mittelbaren Staatsbeamten nicht in Einklang zu bringen“ und der Schullehrer wird diszipliniert. Mehrere derartige Vorfälle werden jetzt mitgetheilt. — Reichsfeindlicher Laster, reichsfeindlicher Bennigsen! — Die

Regierungen aber fordern im Gegentheil die Schullehrer auf, in sozialdemokratischen Versammlungen als unsere Gegner aufzutreten und sich die übliche Niederlage zu holen, welche gewöhnlich das Ansehen des Lehrers bei der Schuljugend nicht besonders erhöht.

— Der pfiffige Andrássy ist glücklich in einen offiziellen Krieg mit der Türkei hineingetappt, der möglicherweise sehr bald zu einem offiziellen Krieg werden kann. Der offiziöse ist aber schon schlimm genug. Die Bosnier wehren sich so verzweifelt gegen die „Rettung“ durch das civilisierende Oesterreich, und Christen und Muhammedaner halten so brüderlich zusammen, daß die Oesterreicher jeden Fuß breit Landes mit Blut erkaufen müssen und, obgleich sie erst am Anfang ihrer Aufgabe stehen, schon so viel Verluste erlitten haben, wie in einer ganzen regulären Campagne. Und dabei die Erfolge gleich null! In puncto der Dummheit trauten wir zwar von jeher den österreichischen Staatsmännern das Menschenmögliche zu, aber diese neueste Leistung hat uns doch überrascht. Vor einem Jahr als Oesterreich das Schwert nur zu zücken brauchte, um die Russen aus der Türkei zu jagen, blieb Oesterreich unthätig stehen; jetzt, wo Rußland froh ist, halbheiler Haut aus der Türkei herauszukommen, setzt Oesterreich sich auf einmal in Bewegung und erzeigt Rußland den doppelten Dienst: sich selbst zu ruiniren und für Rußland die Kasanien aus dem Feuer zu holen. Wir bezweifeln, ob eine ähnliche Betise je von einem Staatsmann verübt worden, auch die „gentiana“ mit eingerechnet. —

— Montag, den 9. September, beginnt der erste Jahrescongreß der Englischen Gewerkschaften; derselbe wird im Athenäum zu Bristol tagen. Einen der Hauptgegenstände der Diskussion wird die Haftpflichtfrage bilden.

— Reaktionäre Logik und russische Wirthschaft. Im russischen Polizeistaat, der jede freiheitliche Richtung außerhalb des Gesetzes gesteht hat, wird der Polizeiminister Resenzow erschossen, und die, welche es gethan, erklären ausdrücklich, sie hätten die Handlung bloß deshalb verübt, weil kein gesetzliches Mittel vorhanden sei, einen Verbrecher wie Resenzow zur Strafe zu bringen. Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand muß aus diesem Vorkommniß den Schluß ziehen, daß die russische Wirthschaft, die solche blutige Akte der Selbsthülfe und Unrechtfertigkeit hervorbringt, nichts taugt, und im Interesse einer gesunden Staatsentwicklung beseitigt werden muß. Ganz umgekehrt schließt das Berliner Oberreptil, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie findet, die Ermordung Resenzow's sei die Frucht der — zu großen „Milde des Czaren“; und um ähnlichen Fatalitäten vorzubeugen, müßte die Regierung des Czaren „jegliche Schwäche ablegen“ — kurz die bekannten „straffen Jügel“. Als ob sie in Rußland nicht schon so „straff“ wären, wie möglich. Die sonst auch für „straffe Jügel“ schwärmende „Magdeburgerische Zeitung“ muß sogar der widerwärtigen Auffassung des „Norddeutschen“ Oberreptils entgegen treten. „In keinem Staat, so bemerkt sie, ist die Polizeiherrschaft bisher stärker und energischer gehandhabt worden, und nirgends sind strengere und durchgreifendere Mittel zur Anwendung gebracht. Trotzdem hat die nihilistische Bewegung nicht erstickt werden können.“ Wenn die „Magdeburgerische Zeitung“ gelagt hätte: „gerade deswegen“ „anstatt „trotzdem“, dann hätte sie näher ans Schwarze getroffen. Genug, sie sieht wenigstens ein, daß die Regierung des Czaren durch ihre verkehrte äußere und innere Politik die gegenwärtige Zerrüttung und den Parteisanatismus erzeugt hat, und daß die russische Regierung nur „durch große umfassende Reformen auf allen Gebieten der Verwaltung, durch Hebung des Volkseinkommens, Einschränkung der Polizeiherrschaft, Verbesserung des Beamtenthums etc. im Stande sein wird, die Revolution zu bannen, welche jetzt überall drohend ihr Haupt erhebt.“ — Ganz richtig. Schade nur, daß die Logik der „Magdeburgerischen Zeitung“ bloß für Rußland existirt und — wohl in Folge der strengen Grenzsperrung — nicht nach Deutschland gelangen kann. Die „liberale“ Magdeburgerin schwärmt nämlich für das Bismarck'sche Ausnahmengesetz. —

(In unserer letzten Nummer ist der Vorgänger Resenzow's das Opfer eines Druckfehlers geworden. Der Mann heißt Potapoff, nicht Potozoff.)

— Dr. Aug. Theod. Stamm hat an seine Wähler ein vom Vierwaldstätter See in der Schweiz datirtes Anerkennungs-schreiben gerichtet, welchem wir folgende bemerkenswerthe Stelle entnehmen: „Man entfernt sich in Deutschland leider immer mehr von den Bahnen der modernen Kulturstaaten. — Die erste Bedingung für die friedliche Entwicklung eines modernen Kulturstaates ist jedenfalls die Nichtbehinderung des Ausdrucks der öffentlichen Meinung. — Die Freiheit der öffentlichen Meinung ist die Sicherheitsklappe gegen alle Revolutionen. — So lange man in Deutschland die freie Entwicklung der öffentlichen Meinung nicht gestattet und statt dessen durch eine bezahlte Reptilienpresse, durch Polizeimaßregeln, durch polizeiliche Aufsicht bei friedlichen Versammlungen u. s. w. die öffentliche Meinung unterdrücken will, so lange werden wir nicht zu wahrhafter innerer Ruhe und Freude kommen und kaum dürfte es für diesen Fall an desparaten Elementen fehlen, die endlich an einer ruhigen Entwicklung Deutschlands auf der geregelten Bahn moderner Kulturstaaten gänzlich verzweifeln.“ Leider hat Dr. Stamm mit seinen Ausführungen nur zu sehr Recht.

Correspondenzen.

Berlin, 17. August. Stöder ist in tausend Aengsten, Alles will von ihm für die bankrotte „Christlich-soziale Arbeiterpartei“ Geld haben. Der Redakteur der selig entschlafenen „Vollwacht“ W. Berendt, der von seinem „Chef“ und „Berleger“ Gräneberg sein Gehalt nicht vollständig bekommen haben soll, klagt gegen Stöder, die Drucker des „schönen“ Blättchens, die Herren Jähling und Fahrenholz, klagen gegen Stöder auf Schadenersatz. — Herr Stöder aber schreibt ellenlange Briefe, daß er kein Geld habe und daß er auch gar nicht im Vorlande sitze und deshalb auch keinerlei Verantwortung trage. Angesichts dieser Thatfachen und der Bitten Stöder's, seine „Freunde“ müßten ihn doch nicht so furchterlich anstellen, da kein Geld mehr vorhanden sei, ist wohl die Frage am Platze, wo denn die Tausende von Thalern hingekommen sind, mit welchen Stöder-Gräneberg immer prahlten? Und was ist aus dem Arbeiter-Invalidenhaus mit seinem angesammelten Grundkapital von 3000 Thalern geworden? Darüber werden wohl die irreführten Arbeiter im Unklaren bleiben oder nicht?

Braunschweig, 15. August. Es handelt sich nicht, wie Sie berichteten, um die Gründung eines eigenen Arbeiterorgans, sondern um die Vertreibung der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz“ bei den Bahnhof-Beschäftigten. Auf diese Weise

sucht man der an Abonnenten-Mangel leidenden „Sozial-Correspondenz“ auf die Beine zu helfen; bei den Arbeitern kann dies Blatt nur dazu dienen, Humor hervorzuheben, denn über die geistige Impotenz dieses Blattes sind die Braunschweiger Arbeiter längst hinweg. — Mit welcher schamloser Frechheit die Braunschweiger Arbeitgeber übrigens vorgehen, beweist nachstehendes Circular:

Circular Nr. 1. An die vereinigten Braunschweigischen Arbeitgeber. Indem wir uns erlauben, Sie zu der auf Mittwoch den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Hotel d'Angleterre hier selbst behufs Constituirung des Vereins anberaumten Versammlung der vereinigten Braunschweigischen Arbeitgeber einzuladen, erlauben wir Sie ergebenst, die Zahl der von Ihnen beschäftigten Beamten und Arbeiter — sofern solches noch nicht geschehen — in den nächsten Tagen, spätestens in der gedachten Versammlung, zu unserer Kenntnis zu bringen, damit wir in der Lage sind, nicht allein den vorläufigen Bedarf an durch einen besonderen Stempel gekennzeichneten Entlassungsscheinen sowohl für ordnungsmäßigen, als auch für verschuldeten (!) Abgang bemessen und, einem von der unterzeichneten Commission gefassten Beschlusse gemäß, Ihnen auf Kosten des Vereins in der entsprechenden Anzahl übermitteln, sowie auch die nach Nr. 6 der maßgebenden Bestimmungen vorzunehmende Repartation der Vereinskosten ausführen zu können. Der weitere Bedarf an Entlassungsscheinen wird Ihnen, auf vorherige Anforderung, bei dem von uns bestellten Vereins-Cassier, Bahnassistenten Bod (Eisenbahn-Direktions-Gebäude hier selbst) zugehen. Nachstehend bringen wir eine Liste der wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des veröffentlichten Aufrufes entlassenen Arbeiter zu Ihrer Kenntnis und knüpfen hieran die Bitte, von den aus ähnlicher Veranlassung vorkommenden Entlassungen Ihrer Arbeiter der unterzeichneten Commission gefälligst Mittheilung machen zu wollen. Von den eingehenden Anmeldungen werden wir Ihnen in Zukunft unterm 1. und 15. jeden Monats Kenntnis geben.

Daran schließt sich ein mit ausgefüllten Rubriken versehenes Formular, welches eine ganze Serie von Arbeitern namentlich bezeichnet, die wegen ihrer sozialistischen Gesinnung entlassen wurden. Unterzeichnet ist das denkwürdige Schriftstück von einigen hiesigen tonangebenden „liberalen“ Fabrikanten.

Odenburg, 18. August. Seit etwa 1 1/2 Jahre bestehen hier zwei Gewerkschaften (Metallarbeiter- und Tischlergewerkschaft), welche auch eingeschriebene Kranken- und Sterbefälle besitzen. Seit der allgemeinen Sozialistenhölle sieht man diese Gewerkschaften mit Argusaugen an und sind es hauptsächlich die Nachrichten für Stadt und Land“, welche täglich in ihren Spalten gegen uns hehen. Diese Hepeereien haben nun zur Folge gehabt, daß die Arbeiter in zwei Geschäften bereits einen Ullas unterschreiben mußten, keiner sozialdemokratischen Vereinigung anzugehören. Es ist schrecklich, wenn man solche Befehle reichstreuer Blätter liest, auf der einen Seite schreiben sie fortwährend, die Arbeiter sollen sparen und sich selbst helfen; ihnen dies nun die Arbeiter, wie eben gerade in den Gewerkschaften, und unterstützen ihre arbeitslosen, reisenden und kranken Kollegen, so ist das gefährlich, sozialdemokratisch, es muß Alles zerstört werden. Man kommt alsdann ganz von selbst dazu, Sozialdemokrat zu werden, wenn man es vorher nicht war, denn man sieht täglich diese Heuchelei und der Vernünftige wendet sich mit Abscheu von dieser Sorte. — An der Reichstagswahl haben wir uns diesmal gar nicht betheiligert, weil wir hier zu wenig Anhänger zählen und diese Wenigen sich auch nicht noch der Hungerkur aussetzen wollten. Die Ultramontanen sandten noch in der letzten Stunde Stimmzettel für Windthorst aus, und wunderte sich die „Odenburger Zeitung“, daß man dies hier noch wage. Als ob nicht jedem Bürger frei stünde, zu wählen, wen er wolle. Als Kuriosum diene noch, daß ein hiesiger angesehenen Bürger sein Dienstmädchen in's Wahllokal mit dem Stimmzettel sandte, damit dieselbe für ihn wähle. Ein Zeichen, wie wenig die hiesige Presse zur Aufklärung beiträgt.

Aus dem 13. sächs. Wahlkreise. Reudnitz, 19. August. Es ist gewiß auch für auswärtige Parteigenossen von Interesse, in welcher Weise hier der Wahlkampf geführt worden ist, und wir geben deshalb nachstehenden kurzen Bericht. Es sieht fest, daß unter allen sächs. Wahlkreisen der unterste derjenige ist, in welchem am heftigsten gekämpft wurde. Es hieß bei uns nur „hier Ordnungsmänner“ und da „revolutionäre Sozialdemokraten“. Zum 13. Wahlkreise gehören 148 Ortschaften, davon sind gegen 15 sogenannte Vorstadtörfer, 5 kleine Städtchen und die übrigen sind sogenannte reine Bauerndörfer. Nun ist das Verhältnis so, daß die wenigen allerdings stark bevölkerten Vorstadtörfer stets 4 Fünftel der gesammten sozialistischen Stimmen aufbringen, alle übrigen Ortschaften ergeben nur 1 Fünftel. Diesmal hatten sich die Nationalliberalen, Conservativen und Fortschrittler verbündet und den Ergreaktionär Ritterquitsbesitzer Dieze aus Pommern aufgestellt, es handelte sich bei den Ordnungsmännern nur darum, den Wahlkreis uns zu entreißen und das ist leider auch geschehen, obwohl wir ziemlich 2000 Stimmen mehr erhalten haben, als 1877, wo wir den Genossen Demmler durchbrachten. Wie haben aber diesmal unsere Gegner gewirksamkeit: Sätze zum Abhalten von Versammlungen gab es fast gar nicht, belamen wir dennoch welche, so wurde die Versammlung von den Ordnungsmännern gesprengt, oder von der Polizei aus irgend einem Grunde vor der Zeit wieder geschlossen. Unsere Plakate durften wir an vielen Orten gar nicht anschlagen, viele unserer Flug- und Stimmzettelsvertheiler wurden arretrirt und verhaftet. Die Bahnverwaltungen, Gemeindevorstände und sonstige amtliche Personen, Fabrik-, Ritter- und Gutsbesitzer überboten sich förmlich, ihre Leute einzuschüchtern und für die Ordnungspartei geneigt zu machen und leider haben sich viele durch die Hungerpeitsche verleiten lassen, den Dieze zu wählen. Namentlich auf den kleinen Dörfern wurden die Knechte u. so drangsaliert, daß ihnen eben weiter gar nichts übrig blieb, als für Dieze einzutreten, oder auf die Straße geworfen zu werden. Trotz alledem erhielten wir für unsern Genossen Ramm 11,263 und für Dieze 13,372 Stimmen. Von Rückgang ist in unserm Wahlkreise erfreulichweise keine Rede, wir sind flott vorwärts gekommen, wie nachstehende Uebersicht zeigt: 1874 erhielt Jacoby beim ersten Wahlgange 4630, bei der Stichwahl 7400 Stimmen; 1877 erhielt Demmler 9420 Stimmen. Weiter so, und der dauernde Sieg unserer gerechten Sache wird nicht ausbleiben.

II. Wittweida, 16. August. Nach meiner Entlassung aus 40tägiger Haft in Hannover zur Wahlagitiation in Sachsen bestimmt, war ich zunächst im 15. sächsischen Wahlkreise thätig. Durch die verschiedenartigsten Beeinflussungen wurden uns leider in einer ganzen Reihe von Orten, wie Limbach, Schellenberg, Wieja, Erlau u. alle Lokale entzogen, so daß uns hauptsächlich nur die Agitation vermittelst Flugblätter übrig blieb. Versammlungen abzuhalten war mir nur möglich in Wittweida, Burgstädt, Frankenberg und Wittgensdorf, von denen die letzten beiden auch noch größtentheils illusorisch gemacht wurden. In Frankenberg hatte sich der Herr Bürgermeister die Rolle des un-

freiwilligen Agitators für unsern Zweck ausersuchen, indem er mir in der von 6-700 Mann besuchten Versammlung das Sprechen verbot, weil (man höre und staune) ich ihm nicht eine schriftliche Bescheinigung darüber vorlegen konnte, daß ich in die Wählerliste meines Wohnortes eingetragen, also wahlberechtigt sei. Die Entrüstung über ein solches noch nicht dagewesenes Verfahren war allgemein und dürfte somit wohl durch die Maßregel des schlaunen Bürgermeisters das Gegenheil des beabsichtigten Zweckes erzielt worden sein. Eine gegen den Hrn. Bürgermeister Kuhn bei der Kreishauptmannschaft Zwickau von mir eingereichte Beschwerde wurde wie wohl nicht gut anders zu erwarten war, abschlägig beschieden, obgleich die Kreishauptmannschaft selbst anerkennen mußte, daß das Verfahren des Bürgermeisters in meinem Falle „nicht ohne Bedenken sei“. Die Versammlung in Wittgensdorf wurde durch eine reichstreue Chemnitzer Sprengkolonne unmöglich gemacht, welche mir nur eine halbe Stunde Redezeit gestatten wollte, in Folge dessen ich auf meinen Vortrag verzichtete und die Versammlung schließen ließ. Die Herren „Ordnungsmänner“ haben inzwischen in späteren Versammlungen in Limbach und Wittgensdorf den ihnen gebührenden Lohn bekommen und dürfte ihnen wohl für die Zukunft das Versammlungs Sprengvergehen.

Besonders lebhaft wurde die Agitation im 10. sächsischen Wahlkreise betrieben, wo unserm Genossen Liebknecht der Berliner Großfabrikant Ludwig Löwe (oder Levy), wie sein Name ursprünglich lautet) gegenüberstand. Es wurden von Freund Liebknecht, Advokat Freitag und mir außer verschiedenen Privatbesprechungen Versammlungen abgehalten in Zwönitz, Burghardsdorf, Stollberg, Hohneck, Schneeberg, Hschorlau, Grünhain, Hschoten, Mülsen St. Nicolas u., welche alle sehr gut, theilweise sogar massenhaft besucht waren und durch die regelmäßige Niederlage der Gegner, wo dieselben allenfalls den Muth zur Opposition besaßen, den günstigsten Eindruck für uns hinterließen. In verschiedenen Orten, wie Aue, Delsnitz, Weyer u. war es unmöglich Lokale zu bekommen, so daß wir nur mit Flugblättern agitiren konnten, an andern Orten, wie z. B. Lugau wurde die Versammlung durch rohen Scandal der reichstreuen „Ordnungsmänner“ unmöglich gemacht. Auch Versammlungsverbote kamen vor, wie z. B. in Löbnitz. An Stelle dieser verbotenen Versammlung soll Freund Liebknecht dann eine andere, sehr interessante, zu nächstlicher Zeit in einem großen, eigens für diesen Zweck hergerichteten Lustballon abgehalten haben, welche Methode sich für die Zukunft, wenn die Ausnahmegesetzgebung in Scene gesetzt wird, empfehlen dürfte. Wir war hauptsächlich die Aufgabe zugefallen, dem Berliner Levy die erborgte Löwenhaut abzugeben und den Wählern zu zeigen, daß derselbe ein Hase und nicht im Stande sei, einen alten bewährten Vorkämpfer für die Volksrechte aus dem Felde zu schlagen. Der gesunde Sinn der ergebirgischen Arbeiter im Verein mit unser rührigen Agitation hat uns dann auch den glänzenden Sieg Liebknechts gesichert.

Bei der Agitation für die Stichwahl zwischen unsern Genossen Bahrtich und dem liberalen Dr. Gensel im 15. sächsischen Wahlkreise trat uns der Lokalmangel in verschiedenen Bezirken wieder recht störend entgegen. So war es im ganzen Schellenberger Bezirk absolut unmöglich, ein Versammlungslokal zu bekommen, und auch in der Umgegend von Wittweida franten wir an derselben Noth, so daß es mir nur möglich wurde, außer einer Privatbesprechung in Schellenberg zwei sehr gut besuchte Versammlungen, in Wittweida und Krumbach abzuhalten, alle ferner noch arrangirten Versammlungen in Alt-Wittweida, Burgstädt, Taura u. wurden in Folge der Limbacher und Wittgensdorfer Vorgänge wo die Chemnitzer Reichstreuen die ihnen gebührende Jurisdiktion erfahren hatten, von Herrn Amtshauptmann von Welsch in Rochlitz auf Grund des § 12 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes verboten, so daß meine Thätigkeit in den letzten Tagen wesentlich nur eine organisatorische sein konnte. In den nicht zur Rochlitzer Amtshauptmannschaft gehörigen Orten wie Frankenberg, Sachsenburg, Limbach, Wittgensdorf, Pleiße, Ebersdorf u. sind außerdem noch von den Genossen Hasenclöver, Rotteler, Nauert, Werner und Wiemer sehr günstig verlaufene Versammlungen abgehalten worden, über welche dieselben wohl selbst berichten werden. Daß es von Seiten der Gegner, der jetzt wieder vereinigten reaktionären Klasse, an Verleumdungen, Beschimpfungen und Verdächtigungen aller Art gegen uns nicht gefehlt hat, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben, doch alle diese schmählichen Rannöder haben nichts genutzt, der gesunde Sinn des arbeitenden Volkes hat sich nicht beirren lassen, sondern gerade die erbärmliche Kampfesweise der Gegner, welche entschieden jeden anständigen, denkenden Menschen anwidern mußte, hat wohl wesentlich mit dazu beigetragen, uns einen glänzenden Sieg zu sichern. Der 15. Wahlkreis gehört jetzt wieder unbestritten der Sozialdemokratie, denn, wie bereits anderweitig gemeldet, ist unser Genosse Jul. Bahrtich mit einer Majorität von über 1000 Stimmen siegreich aus der Wahlurne hervorgegangen! Lüge und Verleumdung ist unterlegen, denn — die Wahrheit bohrt sich durch!

Greiz, 15. August. Es dürfte wohl von Interesse sein, noch einmal auf die Wahlschlacht zurückzukommen, um über die Rationationen unserer Gegner wenigstens theilweise zu berichten. Wir hielten im Ganzen mit unserm Kandidaten 9 Versammlungen ab, wovon nur zwei mit völliger Redefreiheit verliefen, d. h. es erblühte in diesen Versammlungen die Polizei „nichts Staatsgefährliches“. Aber in den darauffolgendem wurde unserm Kandidaten der Maulkorb umgehängt.

So hatte u. A. eine Versammlung in der Wilden Laube“ stattgefunden. Kaum hatte unser Kandidat 10 Minuten gesprochen, so erscholl seitens der Polizei der Ruf: „Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr!“ Die „Unwahrheit“ bestand einfach darin, daß unser Kandidat betreffs eines Verbotes des Landrathsamts mit der Regierung verwechselt hatte. Die Versammlung verlief aber sonst in der schönsten Ruhe und wurde halb 11 Uhr geschlossen. Wie es nun üblich ist, daß man bei Versammlungen nach Schluß noch sich unterhält, so war es auch hier. Kaum hatten wir eine halbe Stunde in der Wirthsstube geessen, da erscholl das Wort „Feierabend“. Wir tranken unser Bier daher aus und gingen nach Hause, die Polizei hinterdrein. Den andern Tag hielten wir eine Versammlung ab, die gut besucht war. Die Versammlung wurde zu der angemeldeten Zeit eröffnet. Der Vorsitzende machte noch bei der Eröffnung bekannt, daß alle diejenigen, welche noch nicht das 25. Jahr erreicht haben, sich zu entfernen hätten. Kaum hatte der Vorsitzende die Lippen geschlossen, so erscholl mit dumpfer Stimme der Ruf: „Die Ausländer müssen auch hinaus!“ (Es hatten sich nämlich mehrere Genossen aus Elsterberg mit eingeschunden.) Daher verließen die Genossen aus Elsterberg als „Ausländer“ das Lokal. Die Versammlung dauerte der beschränkten Redefreiheit halber nur eine Viertelstunde.

Den 28. Juli hielten wir eine Versammlung in Ratschau ab. Unser Kandidat sprach in sachlicher Weise bereits fünfviertel Stunde, ohne der überwachenden Polizei die Bemühung zu

bereiten, die Junge in Bewegung zu setzen. Als das Referat von Bloss zu Ende war, forderte der Vorsitzende Diejenigen auf, welche für oder gegen sprechen wollten, sich zu melden. Es meldete sich ein gewisser Herr Pelz zum Wort, um allerlei Unsinn zu Tage zu fördern. Dabei kam dieser auf die „Steuern“ zu sprechen. Als Bloss ihn glänzend widerlegte, sprang der Ueberwachte auf und schloß die Versammlung mit den Worten: „Ueber Steuern darf nicht gesprochen werden.“ Den 29. Juli hatten wir eine Versammlung für die Bewohner der Stadt Greiz nach Politz einberufen. Die Versammlung war sehr gut besucht, so unter Andern auch von vielen Gegnern. Unser Candidat erntete rauschenden Beifall. — Sind wir auch dieses Mal unterlegen, so können wir uns das ins Gewissen rufen, daß wir mit Ehren unterlegen sind.

Central-Wahlcomité der sozial. Arbeiterpartei. Öeffentliche Quittung.

Diese Quittung enthält alle Zahlungen vom 22. Juni bis 21. August 1878.

Wie schon früher im „Vorwärts“ mitgetheilt wurde, ist das Kassenbuch des Central-Wahlcomités nebst den dazu gehörigen Belegen am 22. Juni beschlagnahmt worden. Die letzte öffentliche Quittung in Nr. 56 des „Vorwärts“ reichte bis zum 10. Mai d. J. Für die Zeit vom 11. Mai bis 21. Juni kann, da die Beschlagnahme noch nicht aufgehoben ist, zur Stunde keine Quittung veröffentlicht werden. Doch soll dies später geschehen.

a) Bahlsfond.

Hannover von einer Lusttour durch Coers 1,50. Remel d. Stieg 7,75. Rheda bei einer Lusttour v. Cigarrenarbeitern 16,00. Oggersheim d. Metzger 10,00. Baden-Baden L. 582 15,00. Posen d. Quolke 18,00. Geislingen v. A. G. 5,00. Dessau v. zwei Genossen 3,30. Connewitz d. Schimpf auf L. 4719 3,35; do. 5606 2,40; do. 1,50; do. Anders in Leipzig 2,57. Stuttgart v. Tapp 10,00; do. 10,00. Froberg d. Geißhardt 5,00. Horst d. Gerden 10,10; Berlin Cigarren-Fab. J. Sch. M.-Str. 155 20,00. Burgdorf L. 290 3,00. Schedewitz d. Pommer 4,35. Jersohn d. Parteigenossen 5,00. R. v. R. für die Bekämpfer der Attentäter auf die Volksrechte“ 5,00. Hannover d. Behrens v. Cigarrenarb. 3,15. Gahlenz L. 2776 5,40. Zwickau „aus vereinten Kräften“ 16,00. Delmenhorst d. Eisner 16,90. L. v. B. L. 80,00. Dahme d. Eise L. 207 8,38. Rendsburg durch Cäcilia 3,00. Borst durch L. 15,00. Herzberg durch Stöhr 1,50. Bochum durch Klein 12,00. Fulda d. Wagner 15,00. Salungen d. Bededtel 10,00. Frankfurt a. M. v. Ad. Dr. 2,00; do. durch Unterbleiben d. Congresses 5,00. Freden d. Prosch L. 297 6,20. Kesselstadt d. Roth 5,00. Düsseldorf A. J. J. 5,00. Eintracht d. Müller 7,32. Wolfenbüttel L. 5374 u. 2936 8,65. Hannover d. Be. 6,00. Schleswig d. Ungenannt 20,00. Hedderneim d. Schmidt L. 134 17,12. Ludwigshafen d. F. G. L. 2973 25,40. Volkmarndorf d. Schulze 11,55. Frankfurt a. M. auf Listen 75,00. Posen d. Anders 20,00. Wornbitt d. B. u. S. 10,00. Ulm v. Ulrich 100,00. Berlin d. Wende 3,00. Garding auf L. 114 7,60. Lobau d. Böhmer L. 1534 1,90; do. 1535 2,75; do. 1536 2,60. Essen d. Kremer 31,00. Jever Kartröd 4,00. Ulm d. Reibach 6,00. Magdeburg d. Gröper 20,00. Görlitz d. Ulrich 12,30. Regensburg L. 621 12,77. Borsach L. 2111 8,50; do. bei einer Vereinsunterhaltung gef. 6,24. Zürich von Dr. Wiede 8,00; do. v. Stichelhuber 1,67. Duisburg durch Grobe 14,70. Gießen auf L. d. P. 30,00. Annweiler L. 1438 2,80. Duisburg v. Höpfel der Bahnbrecher 14,70. Neumarkt L. 72 2,15. Bothenung d. Roggenbach 3,00. Brandenburg L. 33 u. 34 43,20. Düsseldorf d. Nicol 8,00. Weimar d. Haupt 21,00. Potsdam d. Haburg 21,00. Baden-Baden L. 583 15,00. Limbach L. 2955 1,25; do. L. 2956 4,75; do. L. 2957 1,75. Arnstadt d. Gläser 55,00. Berne d. v. d. Heid v. Cig.-Arbeitern 14,00. Marburg d. Schneider 6,00. Delmenhorst L. 54 u. 55 10,25. Flensburg d. Witte v. Johannsen's Cig.-Fabrik 25,70. Luxemburg d. F. G. von versprongten Sozialisten 16,50. Lüttich d. Schleich 36,30. Altenburg d. Wapolt 8,00. Berden d. Freudiger 68,25. Reutlingen d. Walz v. A. R. 3,00; do. Birz 4,00; do. Weller 1,00; do. Ulmer 0,80; do. Kern 0,20; do. L. 627 1,35; do. L. 628 4,50; do. L. 3068 2,00; do. v. einer Versammlung 3,70. Stadt-Flm d. A. Freb 2,70. Würzen L. 410 5,00. B. v. D. E. F. 200,00; do. 300,00.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten

der Redaktion. R. L.: Wir haben die betreffenden Artikel nicht gelesen. — G. Schön in Göttingen: Schreiben Sie doch einen Artikel über die beregte Sache. Ihrer Correspondenz erhielten wir zu spät und im Orange der Wahlbewegung ist sie zurückgelegt worden. — M. L.: Um Ihre Frage zu beantworten, möchten wir erst wissen, aus welchen Motiven Sie eine von den neueren fremden Sprachen erlernen wollen. — Amicus: Eine solche Karte ist schon erschienen. Ihren Artikel erhalten. — H. U.: post festum heißt: nach dem Ereigniß oder: zu spät.

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, den 26. August, Abends halb 9 Uhr,
Rothstraße 4b:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Zusammenkunft: Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung und Vereinsangelegenheiten.
Nur Mitglieder, welche nicht mehr resigniren, als das Statut gestattet, haben Zutritt.
D. B.

Ein Schlosser (unverheiratet), Parteigenosse, jetzt als Gasmeister thätig, sucht sofort oder später eine häusliche oder sonstige Vertranensstellung, weil solche schon bekleidet.
Zeugnisse auf Verlangen zu Diensten. Offerten sub. L. II. Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:	[2,10]
Vorwärt, Religion und Sozialismus	R. — 40
— Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	— 25
— Das deutsche Reich und seine Verfassung	— 60
— Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa	— 30
— Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	— 30

Durch uns kann bezogen werden:
Lithographische Wahlkarten,
Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878,
sind gegen Einzahlung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Schäffler in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.